

Wohnen in der Stadt darf kein Luxus werden

Der ausgetrocknete Wohnungsmarkt lässt die Mietzinse in die Höhe schiessen. Wohnen in der Stadt wird dadurch bald Luxus. Zahlungsschwache Mieter werden in die Agglomeration verdrängt. Denn die Stadt hat über Jahre hinweg Büroräume und zahlungskräftige Auswärtige der Luzerner Bevölkerung vorgezogen. Mittlerweile hat aber auch sie erkannt, dass die Wohnungssituation in Luzern kritisch ist. Deshalb will sie der Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum (GSW) 2013 und 2020 vier Millionen Franken zur Verfügung stellen. Zu wenig. Denn mit diesem Betrag lässt sich die Situation kaum entschärfen. Die JUSO Luzern lanciert deshalb die Initiative «Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume». Darin fordern wir eine einmalige Zahlung von 20 Millionen Franken der Stadt an die GSW. Diese müssen jedoch mit einem klaren Leistungsauftrag verbunden sein. Die GSW soll eine expansive Strategie verfolgen und dadurch ein starker Player auf dem Luzerner Wohnungsmarkt werden.

Davon profitieren sowohl die Einwohner wie auch die Stadt. Denn während Immobilienspekulanten nur für eine dicke Rendite arbeiten, sorgt die GSW für zahlbaren Wohnraum in der Stadt. Die 20 Millionen Franken werden in weitere Immobilien investiert, deren Rendite abermals in neue Wohnungen gesteckt wird. Dadurch werden nicht nur zahlbare Mieten garantiert, sondern es ist auch ein lukratives Geschäft. Denn der Wert von Immobilien ist seit Jahrzehnten am steigen. Es gibt keinen Grund wieso dass die Allgemeinheit von diesem Geschäft ausgeschlossen werden soll. Und schlussendlich profitiert auch die Wirtschaft davon. Denn in den meisten Haushalten sind die Mietausgaben der grösste Posten. Wenn sich dieser verringert, fliesst automatisch mehr Geld in andere Wirtschaftszweige.

Dass diese Strategie funktioniert zeigt das Beispiel Zürich: Das Zürcher Pendant PWG hat 1985 mit einem Startkapital von 50 Millionen Franken begonnen und verwaltet nun ein Immobilienportfolio von über 400 Millionen Franken. Die Investition in die GSW darf nicht als Ausgabe angesehen werden, sondern ist viel mehr eine Investition in die Zukunft.